

Für die eigenen Interessen kämpfen!

Alternative Perspektiven der Hochschulentwicklung

Die Hochschulen befinden sich im Umbruch und stellen damit studentische Interessenvertretung vor erhebliche Herausforderungen. Das Schreckgespenst der „unternehmerischen Hochschule“ wird mehr und mehr zur Realität. Statt Antworten auf die neuen Herausforderungen zu suchen, wird überwiegend ein hoffnungsloser Abwehrkampf geführt, der in Aktionismus und kleinen Niederlagen endet.

Wir können auch anders!

Der studentische Perspektivenkongress der GEW „Für die eigenen Interessen kämpfen! Alternative Perspektiven der Hochschulentwicklung“ ist Vorschlag und Einladung, die aktuellen hochschulpolitischen Veränderungen zu diskutieren, Erfahrungen zu bilanzieren, sowie Methoden, Instrumente und Organisationsformen studentischer Interessenvertretung zu hinterfragen. Studieren in der „unternehmerischen Hochschule“ – Was wollen Studierende erreichen und wie wollen Studierende das umsetzen?

Für eine autonome Hochschule in gesellschaftlicher Verantwortung

Basierend auf einer gemeinsamen Analyse der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sollen auf dem Kongress Eckpunkte einer alternativen Hochschulentwicklung herausgearbeitet und konkrete Forderungen formuliert werden. Über die Erarbeitung alternativer Modelle sollen diese Forderungen mit der Perspektive einer Richtungsänderung verbunden und konkrete Schritte hin zu einem anderen Bildungssystem aufgezeigt werden.

Für eine wirkungsvolle Hochschulpolitik

Für die eigenen Interessen kämpfen steht für den Versuch, auf die veränderten Bedingungen nicht mehr mit klassischen Konzepten sondern mit einer Veränderung studentischer Strategien und Herangehensweisen zu antworten, um gemeinsam aus der Defensive zu kommen. Es gilt aufzuzeigen, dass auch die Interessen der Studierenden, die bisher nicht „für ihre Interessen gekämpft“ haben, poli-

tischen Ausdruck finden können. Wären nicht beispielsweise Tarifinitiativen für studentische Beschäftigte ein realistischer Anknüpfungspunkt für die Studierenden, die bisher von linker Politik kaum erreicht worden sind? Warum nicht eine Kampagne starten, mit der wir BAföG als sozialen Lohn begreifen und das Studienhonorar als Weg zu einem bedingungslosen ausreichenden Existenzgeld für alle?

Wie können wir die Kontinuität unseres Kampfes organisieren?

Alternative Perspektiven sollen auf dem Kongress auch mit Blick auf die Organisation studentischer Kämpfe gesucht werden. Angesichts der veränderten Rahmenbedingungen sollen neue studentische Strategien, Organisations- und Herangehensweisen entwickelt werden. Mit dem Ziel, gemeinsam wieder handlungsfähig zu werden. Welche Anforderungen stellen Studierende mit den Erfahrungen der eigenen Kämpfe an eine für uns nützliche Organisation? Wie

kann die GEW für die studentischen Anliegen nützlich sein, und was kann sie für Studierende tun?

In diesem Sinne ist der Kongress Einladung und Vorschlag an alle hochschulpolitisch Aktiven, die wie die Studierenden in der GEW daran interessiert sind, „vermeintliche Sachzwänge progressiv zu politisieren“ und so die Wirkungsmächtigkeit studentischer Politik an den Hochschulen (wieder-)herzustellen.

weiter auf Seite 10.

Euer Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten (BASS) der GEW

Seite 2-3

Klasse Bildung?
Klassenbildung!

Seite 8

Studienhonorar statt
BAföG?

Seite 12

Was tun mit neonazistischen
LehrerInnen

Seite 15

Über den nationalen
Tellerrand hinaus

Klasse Bildung? Klassenbildung!

Aller Tage neue Studien, immer wieder dasselbe Bild: Deutschlands Bildungssystem ist eines der sozial selektivsten der Welt. Die viel zitierten PISA-Studien ergaben: Die relative Wahrscheinlichkeit das Gymnasium zu besuchen, ist für ein Akademikerkind in Deutschland fast siebenmal so hoch wie die eines Facharbeiterkindes. Selbst bei gleicher individueller Lese- und Mathematikkompetenz beträgt dieses Verhältnis noch vier zu eins. An den Hochschulen stellt sich, so die Ergebnisse der 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes, das Bild der Wirkungen dieser Auslesemechanismen folgendermaßen dar: Von allen Arbeiterkindern beginnen nur 17 Prozent ein Studium. Bei Angestelltenkindern

sind es dagegen 40, bei Akademikerkindern gar 83 Prozent.

Bildungspolitik der falschen Prämissen.

Dies festzustellen, ist wichtig und notwendig, um aktuelle politische und soziale Kämpfe zu verstehen. Denn trotz aller anders lautender Äußerungen setzt die Politik auf den Ausbau von Auslesemechanismen (Studiengebühren, Übergangshürde vom Bachelor zum Master etc.). Selbst progressive Kritiker der neuen Instrumente akzeptieren die Prämisse, soziale Ungleichheit wäre entweder nicht vermeidbar und/oder leite sich aus angeborenen Begabungsdifferenzen ab. Formale Bildungsabschlüsse werden nicht als das

erkannt, was sie – zumindest auch – sind, nämlich Rechtfertigungsinstrumente für soziale Ungleichheit: Mittels Leistungsmessung in Bezug auf Kompetenzen im Bereich der „legitimen“ Kultur – die Kultur der Herrschenden – wird der Sprössling der herrschenden Klasse als „gebildet“ und somit herrschend legitimiert, während den niederen Klassen das Attest gereicht wird, sie werden Nietzsche, Goethe, Schopenhauer nie verstehen und gehörten deshalb an ihren sozialen Ursprung zurück.

Da die fundamentale gesellschaftliche Funktion des Bildungswesens die Verteilung einer Vielzahl von Arbeitskräften auf stets nur wenige hohe, einige mittlere und endlos viele niedere gesellschaftli-

che Positionen ist, fruchten rein formale Forderungen nach „sozialer Öffnung“ der Hochschulen wenig. Denn selbst wenn man dieselben für Kinder aus der beherrschten Klasse öffnete, würden diese wegen des dort gültigen Systems kultureller Blindheit in der Regel doch zu Verlierern gemacht. Um nicht missverstanden zu werden: Die Öffnung des Bildungssystems ist eine zentrale Voraussetzung, wenn die Segmentierung der Gesellschaft überwunden werden soll. Sie ist jedoch keineswegs hinreichend, da die sozio-ökonomische Verteilung von Macht und Einkommen nicht an den Hochschulen entschieden wird. Wenn es Politik um die Verwirklichung egalitär-humanistischer Ansprüche und somit die

Herstellung wirklicher Chancengleichheit geht, gehört zwingend eines in den Mittelpunkt von Diskussion und Kritik: der Mythos unserer Gesellschaft als „Leistungsgesellschaft“, die sie nie war.

Ohne diese fundamentale Kritik, die zugleich Ideologiekritik ist, verharrt politisches Handeln stets im Bezugsrahmen der bestehenden Klassenstruktur. Und wird jede „soziale Öffnung“ der Hochschulen den oberen Schichten am meisten, den mittleren ein wenig und den unteren so gut wie gar nichts nützen.

Leistung ist nicht Lernen, sondern ungleicher Kampf

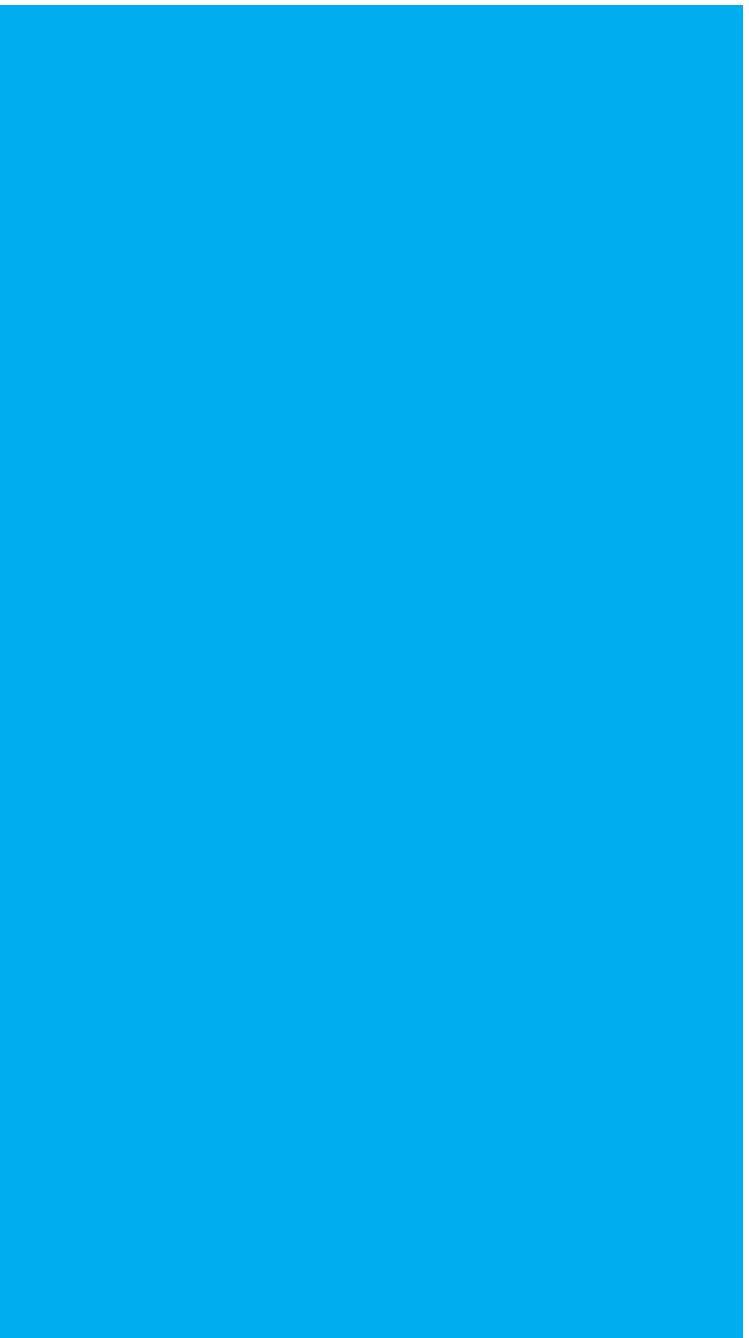
Mühe und Fleiß zahlen sich aus, hört man jeden Tag. Und glaubt schließlich sogar selbst, hat man erst etwas erreicht, man wäre „begabt“. Und leider eben auch, gehört man zur niederen Schicht, man wäre es nicht – und befindet sich deshalb dort auch zu Recht. Die Sozialwissenschaft hat solche Darwinismen und Begabungstheologien längst widerlegt (vgl. Hartmann 2002). Dennoch wird auf dieser Ebene fast nie argumentiert: Schule und Hochschule stellen willkürliche Leistungsdifferenzen her, indem sie Lernen und Lernerfolge messen. SchülerInnen müssen unter Zeitdruck ihr Wissen darstellen und diese „Leistung“ dann bewerten lassen, wobei diese in ein Korsett aus guten und schlechten Noten gezwängt wird. Die bildungspolitisch behauptete „Chancengleichheit“ ist nicht als Resultatgleichheit oder Es-geht-darum-den-Stoff-so-zu-behandeln-dass-ihn-alle-verstanden-haben zu verstehen, sondern soll Konkurrenz entfesseln, die gezielt Gewinner und Verlierer produziert. Der französische Soziologe Pierre Bourdieu skizziert die Funktion des Bildungswesens als Legitimationsinstrument für soziale Ungleichheit wie folgt: „Von unten bis ganz nach oben funktioniert das Schulsystem, als bestünde seine Funktion nicht

darin auszubilden, sondern zu eliminieren. Besser: In dem Maß, wie es eliminiert, gelingt es ihm, die Verlierer davon zu überzeugen, dass sie selbst für ihre Eliminierung verantwortlich sind [...]. Indem das Schulsystem alle Schüler, wie ungleich sie auch in Wirklichkeit sein mögen, in ihren Rechten und Pflichten gleich behandelt, sanktioniert es faktisch die ursprüngliche Ungleichheit gegenüber der Kultur. Die formale Gleichheit, die die pädagogische Praxis bestimmt, dient in Wirklichkeit als Verschleierung und Rechtfertigung der Gleichgültigkeit gegenüber der wirklichen Ungleichheit in Bezug auf den Unterricht und der im Unterricht vermittelten oder, genauer gesagt, verlangten Kultur.“ (Bourdieu 1988)

Diese formale Gleichbehandlung faktisch Ungleicher, mit verschiedenen ökonomischen Hintergründen sowie kulturellem Erbe ausgestatteter junger Menschen durch das Bildungssystem gehört in den Fokus progressiver Kritik. Den aktuell von Bildung und Ausbildung ganz oder teilweise ausgeschlossenen gesellschaftlichen Gruppen allein „die Tür“ zur selbigen zu öffnen, käme sonst ein wenig auch einem ideologiekonformen Witz auf deren Kosten gleich: Einmal mehr gäbe man ihnen einen Startschein für einen Wettlauf in die Hand, der den Sieg des Pumas über die Schildkröte als Leistung und somit die erfolglosen Anstrengungen des fast chancenlos Benachteiligten als selbst verschuldeten Misserfolg präsentiert.

Klemens Himpele ist Diplom-Volkswirt und Mitglied im erweiterten Bundesvorstand des BdWi.

Jens Wernicke studiert Medien- und Kulturwissenschaften. Er ist Mitglied im SprecherInnenrat der StipendiatInnen der Rosa-Luxemburg-Stiftung.



weitere Informationen unter:

<http://www.studis-online.de/HoPo/art-679-klassenbildung.php>

Literaturhinweis:

Michael Hartmann: Der Mythos von den Leistungseliten, Campus 2002.

Pierre Bourdieu: Die Illusion der Chancengleichheit, Klett-Cotta 1988.

Zukunftsfähige Antworten

Die GEW diskutiert über ein neues wissenschaftspolitisches Programm

Interview mit Andreas Keller, Leiter des GEW-Organisationsbereichs Hochschule und Forschung

read.me: Andreas, für den Gewerkschaftstag der GEW 2009 bereitet der Bereich Hochschule und Forschung ein neues wissenschaftspolitisches Programm vor. Warum?

Keller: Das geltende wissenschaftspolitische Programm wurde 1993 auf dem Essener Gewerkschaftstag beschlossen. Was sich vor 15 Jahren erst schemenhaft am Horizont abzeichnete, ist heute in weiten Teilen Realität geworden: die so genannte unternehmerische Hochschule – mit autokratischen Leitungsstrukturen, Studiengebühren, Bachelor- und Masterstudiengängen sowie flexibilisierten

Beschäftigungsverhältnissen. Die GEW muss sich überlegen, wie sie sich strategisch auf diesen neuen Rahmen einstellt.

read.me: Welche Strategie sollte die GEW wählen?

Keller: Nach meiner Überzeugung ist das Leitbild einer „unternehmerischen Hochschule“ ein Irrweg. Bildung ist keine Ware und Hochschulen sind keine Dienstleistungsunternehmen. Auf der anderen Seite können wir nicht einfach das Rad der Geschichte zurückdrehen: Die „gute alte Gruppenuniversität“ des 20. Jahr-

hunderts kann nicht wieder zum Leben erweckt werden. Die GEW sollte für einen dritten Weg eintreten – für eine soziale, autonome und mitbestimmte Hochschule in gesellschaftlicher Verantwortung.

read.me: Wie ist das zu verstehen?

Keller: Die Hochschulen waren in der Vergangenheit tatsächlich überreguliert. Der Staat muss sich aus der Detailsteuerung der Hochschulen zurückziehen. Voraussetzung dafür ist eine Demokratisierung der Hochschulen. Und: Der Staat darf sich nicht aus seiner bildungspolitischen Verantwortung stellen, sondern hat für eine nachhaltige Finanzierung von Forschung, Lehre und Studium zu sorgen und eine wirksame Partizipation der Hochschulmitglieder gesetzlich zu garantieren. Studierende sind keine Kunden, sondern gleichberechtigte Partner in der schon von Wilhelm von Humboldt beschworenen Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden.

read.me: Wilhelm von Humboldt – möchte die GEW ins 19. Jahrhundert zurück?

Keller: Tatsächlich steht die GEW zu vielen bildungspolitischen Traditionen, die die neoliberalen Modernisierer leichtfertig über Bord werfen wollen: Hierzu gehört das Recht der Hochschulen zur Selbstverwaltung. Wenn nicht mehr die Lehrenden und Lernenden, sondern überwiegend mit Unternehmensvertretern besetzte Hochschulräte über die

Entwicklung der Hochschule entscheiden und die Rektoren und Präsidenten einsetzen, bedeutet dies das Ende der akademischen Selbstverwaltung – auch für die Professoren. Aber die GEW stellt auch viele neue Fragen und gibt zukunftsfähige Antworten.

read.me: Kannst du ein Beispiel geben?

Keller: 200 Jahre nach Humboldts Unireform und 100 Jahre nach Zulassung des Frauenstudiums muss die alma mater endlich weiblicher werden – und zwar nicht nur im Hörsaal, sondern auch auf dem Katheder: Es ist ein Skandal, dass nur einer von zehn Lehrstühlen mit der höchsten Besoldungsstufe von einer Frau besetzt ist. Ein Dreh- und Angelpunkt des neuen wissenschaftspolitischen Programms wird die Forderung nach einer Öffnung der Hochschulen sein: für Frauen und Männer, für Arbeiter- und Akademikerkinder. Auch weil in der wissensbasierten Gesellschaft des 21. Jahrhunderts wissenschaftliche Qualifikation eine immer größere Bedeutung erhält. Wir brauchen daher in Zukunft deutlich mehr Akademikerinnen und Akademiker. Studiengebühren und ein schwächelndes BAföG sind dafür Gift. Die GEW sollte ernsthaft diskutieren, ob Studierende Anspruch auf ein Studienhonorar bekommen sollen.

read.me: Danke, für deine Zeit.

Abschaffung des Hochschulrahmengesetzes und die Geschlechterfrage

Mit der **Föderalismusreform** 2006 sind die Bundesländer nun (fast) vollständig für den Hochschulbereich zuständig. Einzige Ausnahme sind die Hochschulzulassung und –abschlüsse, wobei auch da Abweichungsregeln und Ausnahmen jede bundeseinheitliche Regelung zunichte machen können. Als Konsequenz dieser Grundgesetzänderungen soll nun auch das Hochschulrahmengesetz (HRG) abgeschafft werden.

Das HRG regelt bislang neben den allgemeinen Aufgaben der Hochschulen auch die Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen als zentrale Aufgabe (§3). Kein anderes Gesetz verankert Aufgaben und Einsetzung einer Frauen-/oder Gleichstellungsbeauftragten für den Hochschulbereich bundesweit verbindlich. Die Hochschulen sind darüber hinaus nur an Regelungen der Landesgleichstellungsgesetze gebunden. Angesichts der nach wie vor deutlichen Benachteiligung von Frauen im Hochschul- und Wissenschaftsbereich ist das nicht akzeptabel. Angriffe aus den Bundesländern auf die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten sind durchaus bekannt. Mit dem Hochschulfreiheitsgesetz in Nordrhein-Westfalen ist jüngst die studentische Gleichstellungsbeauftragte abgeschafft worden. Damit wurde eine gewachsene Infrastruktur zerstört, die die Grundlage im Bereich der Gleichstellungsarbeit in Wissenschaft und Forschung gelegt hat: bei den Studentinnen.

Wird das HRG gestrichen, fällt die angemessene Vertretung von Frauen und Männern in den Hochschulgremien weg. Zynisch

könnte man auch sagen, dass das angesichts der Auflösung der – leider nur zum Teil – demokratischen Binnenstruktur der Hochschulen auch keinen Unterschied mehr macht. Tatsächlich ist der Zusammenhang zwischen der inneren Verfasstheit der Hochschule und dem geschlechterpolitischen Engagement hoch. Kritische Stimmen und Ideen zur Geschlechterfrage hört man in den Gremien vorwiegend durch die Gleichstellungsbeauftragte oder aus der Gruppe der Studierenden. Beide sitzen in der Regel weder im Rektorat noch im Präsidium, selten im Hochschulrat. Diesen Gremien werden jedoch immer mehr Kompetenzen gegeben. Damit fällt Geschlechterpolitik zusehends unter den Tisch. Die Zusammensetzung der Hochschulräte basiert überdies auf dem „Kennen guter Freunde“. Die weibliche Form kann man hier getrost weglassen und die These aufstellen, dass das seilschaftenorientierte Postengeschacher in Hochschulräten vorwiegend zugunsten von Männern ausfällt. Mit Geschlechterpolitik oder Förderung zur Gleichstellung hat das nichts zu tun. Einen rein männlich besetzten Hochschulrat kann sich heutzutage aber eigentlich keine Hochschule mehr leisten.

Regina Weber studiert Politikwissenschaft und Geschichte an der Universität Potsdam und ist Mitglied im Vorstand des freien Zusammenschlusses von studentInnenschaften (fzs).

90.000 Studierende ohne Tarifvertrag

Alle Beschäftigten an Fachhochschulen (FH), Universitäten und wissenschaftlichen Einrichtungen werden nach Tarifvertrag bezahlt und fallen unter den Schutz eines Personalrates. Alle? Nicht alle. Eine kleine Gruppe wird ausgespart: die studentischen Beschäftigten an Hochschulen und außeruniversitären wissenschaftlichen Einrichtungen.

Diese „kleine“ Gruppe besteht bundesweit aus rund 90.000 Studierenden, die sich Geld mit einem Job an der Hochschule oder einem Forschungsinstitut verdienen. Dass dies nicht so einfach ist, zeigen die realen Arbeitsbedingungen: Kurze Vertragslaufzeiten von einigen Monaten, oft sogar weniger, häufig kein bezahlter Urlaub, geschweige denn Urlaubsgeld, kaum Lohnfortzahlung im Krankheitsfall – und doch stehen den Studierenden diese Rechte gesetzlich zu. Kaum ein/e studentischer/r Beschäftigte/r kennt jedoch diese Rechte, noch traut er/sie sich, diese einzufordern. Kein Wunder, wenn man durch

nur kurze Zeit laufende Verträge und die doppelte Abhängigkeit vom Arbeitgeber (der Prof ist auch der Prüfer!) an der kurzen Leine gehalten wird. Dass dies so ist, dafür sorgen die Finanzminister der Länder. Sie haben die studentischen Beschäftigten bisher von Tarifverträgen ausgeschlossen und die Entlohnung statt dessen über Richtlinien geregelt. Neben der Differenzierung zwischen FH und Uni wird in diesen bei der Bezahlung auch nach Ost und West unterschieden. Lohnerhöhungen gab es zuletzt 1993. Seit 15 Jahren sind studentische Beschäftigte von jeder Gehaltsentwicklung abgekoppelt – obwohl Mieten, Energiepreise und Mehrwertsteuer steigen. Zuletzt legten die Kosten für Lebensmittel drastisch zu – ganz zu schweigen von der Einführung von Studiengebühren, in einzelnen Ländern.

Neben der fehlenden tariflichen Absicherung gibt es auch keine personalrechtliche Interessensvertretung für studierende Beschäftigte. Damit sind sie von jeder

Möglichkeit zur Mitbestimmung ausgeschlossen und haben keinen Schutz vor ArbeitgeberInnen-Willkür. Einen legitimen Grund für diese Sonderbehandlung gibt es nicht.

Nur in Berlin sieht das anders aus: Hier existiert seit 1981 ein Tarifvertrag für studentische Beschäftigte, seit 1969 gibt es studentische Personalräte. Es geht also auch anders: Neben einem einheitlichen Stundenlohn von 10,98 Euro (inklusive Urlaubsgeld) für alle studentischen Hilfskräfte werden die Verträge für mindestens zwei Jahre mit wenigstens zehn Arbeitsstunden pro Woche abgeschlossen. Der studentische Personalrat ist an allen Ausschreibungen, Einstellungsverfahren sowie Fragen der Arbeitsplatzgestaltung beteiligt.

Seit 2002 haben sich studentische VertreterInnen der Gewerkschaften GEW und ver.di, einzelne Asten, der freie Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) sowie diverse Hochschulgruppen in einer bundesweiten Tarif- und

Personalratsinitiative zusammen getan, um die prekären Arbeitsbedingungen studentischer Beschäftigter zu verbessern. Einiges konnte erreicht werden. In vielen Bundesländern und Hochschulstandorten haben sich lokale Tarifinis gegründet.

Diana Greim ist Mitglied der Bundesweiten Tarifvertragsinitiative der Studentischen Beschäftigten.

Alle weiteren Infos zu diesem Thema findest du unter:

www.tarifini.de

Milliarden für Hochschulen – oder doch nur ein billiger Schummel?

1,9 Milliarden Euro für „Eliteuniversitäten“, 565 Millionen für den Hochschulpakt und nun noch weitere Millionen für Exzellenz in der Lehre: Wer in den vergangenen Monaten die Schlagzeilen verfolgt hat, könnte den Eindruck gewinnen, dass Bund und Länder mit den jahrelangen Kürzungen der Hochschulfinanzen Schluss machen und endlich mehr Geld investieren wollen.

Dieser Eindruck trügt. Denn die Programme, die mit hoher öffentlicher Aufmerksamkeit vorgestellt wurden, fördern weder die Hochschulen in ihrer Breite, noch reichen sie für den dringend benötigten, nachhaltigen Ausbau der Hochschulkapazitäten. Stattdessen zeigen sie den Weg in eine Zukunft, die allenfalls durch „Elitarisierung“, nicht aber durch eine Verbesserung der Hochschulausstattung insgesamt gekennzeichnet ist.

„Elitarisierung“ für Wenige statt Förderung in der Breite

Die „Exzellenzinitiative“, durch die neun Universitäten zu „Leuchttürmen der Wissenschaft“ (Bundesministerin für Bildung Annette Schavan, CDU) gekürt und einige weitere „Exzellenzcluster“ und Graduiertenschulen errichtet wurden, steht zunächst sinnbildlich für den Wandel in der bundesdeutschen Hochschulpolitik: Die „besten Köpfe“ sollen künftig an Elite-Einrichtungen studieren; die große Masse hingegen weiterhin in maroden Hörsälen und überfüllten Seminarräumen zügig für den Arbeitsmarkt fit gemacht werden.

In das gleiche Horn blasen die WissenschaftsministerInnen mit dem Hochschulpakt: Dieser soll den „Studierendenberg“, der u.a. durch doppelte Abiturjahrgänge bis zu 700.000 zusätzliche Studierende im Jahr 2014 an die Hochschulen bringen wird, untertunneln. Der Haken: Die ange-

dachten 565 Millionen, die Bund und Länder jeweils aufbringen sollen, werden nicht für die erwarteten Studierendenzahlen ausreichen. Hinzu kommt, dass lediglich 4600 Euro pro Jahr für einen Studienplatz vorgesehen sind – das entspricht allenfalls den Kosten für die sog. Buchwissenschaften wie Jura oder Geisteswissenschaften. Ein Studienplatz in Humanmedizin oder Ingenieurwissenschaften kostet das Vielfache. Der Hochschulpakt in seiner aktuellen Form kann allenfalls dazu beitragen, dass einzelne Länder (vor allem im Osten) keine bestehenden Studienplätze abbauen. Das ist wahrlich kein Grund zu feiern.

Herausforderungen in der Hochschulfinanzierung

Die notwendige Öffnung der Hochschulen, die Steigerung von Studierendenzahlen und Studienplätzen, aber eben auch eine Verbesserung der Betreuungsverhältnisse machen Personal-

investitionen in Milliardenhöhe erforderlich. Hinzu kommen Unsummen, die zur Beseitigung des bestehenden Investitionsstaus nötig sind: Allein im „Musterländle“ Baden-Württemberg werden aktuell drei Milliarden Euro nur für Renovierung und Sanierung verfallender Hochschulgebäude gebraucht.

Die Ausgaben von Bund und Ländern sinken, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, seit zwei Jahrzehnten kontinuierlich. Solange dieser Trend nicht radikal umgekehrt wird, ist jede Schlagzeile über Mehrausgaben für Hochschulen reine Makulatur.

Christian Berg lebt in Berlin und studiert in Potsdam. Er ist Vize-Präsident des Deutschen Studentenwerks (DSW) und Mitglied im Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen.

Studienhonorar statt BAföG?

oder: Leistung muss sich wieder lohnen

Im Gespräch mit Wolfgang Nitsch

read.me: Was heißt eigentlich Studienhonorar?

Nitsch: Unter Studienhonorar oder Stundengehalt versteht man das für alle ordnungsgemäß Studierenden gleiche Entgelt für ihre intellektuelle Arbeit zur Deckung ihres Lebensunterhalts. Gezahlt aus Steuermitteln und mit Rechtsanspruch ohne zusätzliche Bedingungen (besondere Begabung und Eignung, höhere Leistung).

read.me: Die Idee ist ja nicht neu, ist das Studienhonorar noch/wieder aktuell?

Nitsch: Die Einführung des Studienhonorars wurde seit 1946 insbesondere von der französischen Studierenden-Gewerkschaft UNEF gefordert und seit 1958 in der BRD vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) propagiert, u.a. in der Denkschrift „Hochschule in der Demokratie“ (1961). In den skandinavischen Ländern und Großbritannien wurde über mehrere Jahrzehnte eine dem Studienhonorar faktisch gleich kommende sehr breite Stipendienförderung durchgesetzt. Mit dem Studienhonorar sollte der soziale Zugang zum Studieren radikal erweitert, aber auch die verlängerte Abhängigkeit aller studierwilligen Erwachsenen von

ihren Eltern oder anderen Geldgebern (z.B. künftigen Arbeitgebern oder ideologisch orientierten Stiftungen) gebrochen werden. Die Argumente, die für das Studienhonorar sprechen, sind heute relevanter denn je:

- Durch eine stärker progressive Besteuerung (u.a. auch der besser verdienenden AkademikerInnen) könnten die Kosten für das Studienhonorar aufgebracht werden.
- Das Studienhonorar ist kinder- und elternfreundlicher, weil es die Lebensbedingungen von Studierenden mit Kindern verbessern würde.
- Im Bildungsbereich setzen sich immer mehr Konzepte und Praktiken des selbstständigen und kooperativen Peer-Learning durch, unterstützt auch durch die neuen elektronischen Medien.

Damit wird noch deutlicher, dass insbesondere Studierende ihre Fähigkeiten und ihr Wissen aktiv und z.T. kooperativ erarbeiten. Eine Verweigerung von Vergütungen oder gar die Erhebung von Gebühren widerspricht dem Stand der Lern- und Bildungsforschung und zunehmend auch dem Selbstwertbewusstsein der Studierenden. Anders als Gebühren für einen passiven Wissenskonsument und das Abprüfen von ‚KundInnen‘ för-

dert ein Studienhonorar die Leistungsmotivation und den Willen zum Erbringen eigenständiger geistiger Leistungen. Wer dagegen seine geistigen Leistungen verschenken oder gar Gebühren dafür entrichten muss, dessen Leistungen werden in einer Gesellschaft, die von der Geldwirtschaft geprägt ist, wenig geschätzt. Dessen Leistungsmotivation und Selbstwertkonzept leiden darunter.

read.me: Wie verhält sich das Studienhonorar zum BAföG?

Nitsch: Es könnte ein einheitliches Modell der Förderung von volljährigen OberschülerInnen und Studierenden durch ein Ausbildungshonorar entwickelt werden. Oder das BAföG nur für Studierende würde durch das einheitlich bemessene Studienhonorar wegfallen.

read.me: Kritische Stimmen meinen, damit schafft man den Beruf des/der „Dauerstudierenden“

Nitsch: Je nach den bildungspolitischen Zielen könnten das grundständige und weiterbildende Studieren und das Anrecht auf ein Studienhonorar in seiner Dauer und seinem Umfang begrenzt oder erweitert werden.

Das Gespräch führte Jana Fischer mit Wolfgang Nitsch, Prof. em. Dr. phil. vom Institut für Pädagogik der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

Literaturhinweise:

Leibfried, Stephan u.a. (1967): *Wider die Untertanenfabrik.* Köln, Pahl-Rugenstein.

Morder, Robi (2006): *Naissance d'un syndicalisme étudiant 1946.* Paris.

Nitsch, Wolfgang u.a. (1965): *Hochschule in der Demokratie.* Berlin, Luchterhand.

Beruf „Studi“?

Veränderte Subjektivität der Studierenden

Die **politökonomischen** und sozio-kulturellen Rahmenbedingungen, auf deren Grundlage sich das politische Handeln vollzieht, haben sich spürbar verändert. Mehr denn je ist der Status innerhalb der Gesellschaft von Leistung und Erfolg abhängig. Besonders junge Menschen stehen unter einem starken persönlichen (Erfolgs-)Druck, der für kontinuierliche politische Aktivitäten wenig Zeit lässt.

Diese **Entwicklung** prägt das Politikverständnis und Engagement der Studierenden. Bildete beispielsweise die 68er-StudentInnenbewegung die treibende Kraft für einen gesellschaftlichen Demokratisierungsprozess, so ist heute – trotz aktueller studentischer Proteste – von einer erneuten Aufbruchstimmung nicht viel zu spüren. Finanzielle Streichkonzerte bei der Ausstattung der Hochschulen, die Einführung von Studiengebühren und neuen, zeitlich verkürzten, Abschlüssen oder die unzureichende staatliche Studienfinanzierung beeindrucken die Masse der Studierenden nur teilweise – der alltägliche individuelle Überlebenskampf und Konkurrenzdruck prägen das studentische Leben.

Doch bei aller Kritik ist es wichtig, konkreter zu begreifen, wie Studierende ihre Erfahrungen in Gesellschaft und Hochschule politisch deuten und verarbeiten. Der Anspruch an eine eigenständige politische Aufgabe der Studierendenschaften, eine „studentische Politik“, ist – wie es scheint – weitgehend verloren gegangen. Themen der Hochschulpolitik und studentische Politik als Mandat gegenüber Hochschule und Gesellschaft finden nur bei wenigen Studierenden Interesse oder Unterstützung. Statt allgemeiner politisch-gesellschaftlicher Streitpunkte stehen

die eigenen Belange im Vordergrund. So sind die aktuellen studentischen Proteste auf die Studienbedingungen, die studentischen Lebensverhältnisse und die zukünftige Chancenperspektive begrenzt. Sie haben eher den Charakter einer eigenen Interessenwahrnehmung – ohne darüber hinausgehende Konzepte und Umgestaltungsabsichten wie in der Vergangenheit zu artikulieren. Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass sich auch die Hochschulen strukturell und ideologisch verändert haben. Standen die Bildungsreformen der 1960er- und 70er-Jahre unter Leitbegriffen wie „soziale Öffnung der Hochschulen“ und „Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung“ und trugen zu einer inneren Politisierung der Hochschulen im Sinne eines emanzipatorischen und politisch konflikthaften Wissenschaftsbegriffes bei, markiert das heutige Leitbild der staatlichen Hochschulpolitik mit den Begriffen „Wettbewerb“, „Profil“ und „Effizienz“ genau das Gegenteil.

Dadurch hat sich die studentische Rolle und Situation deutlich verändert: Ein Hochschulstudium darf nur noch schnell und effizient sein. Hinzu kommt, dass zwei Drittel der Studierenden erwerbstätig sein müssen, um sich ihr Studium zu finanzieren. Auch die oft große Distanz zwischen Studierenden und Lehrenden, die wenig zur Kommunikation mit den Studierenden und dadurch zu ihrer Integration ins Studium beitragen, führt dazu, dass es an den Hochschulen kaum Möglichkeiten für gesellschaftliche Diskussionen gibt.

*Sabine Kiel, stv. GEW-Vorsitzende,
aus Niedersachsen*

Für die eigenen Interessen kämpfen!

Alternative Perspektiven der Hochschulentwicklung

Studentischer Kongress der Bildungsgewerkschaft GEW. 6. – 8. Juni 2008, Frankfurt am Main

Liebe Studentinnen und Studenten,

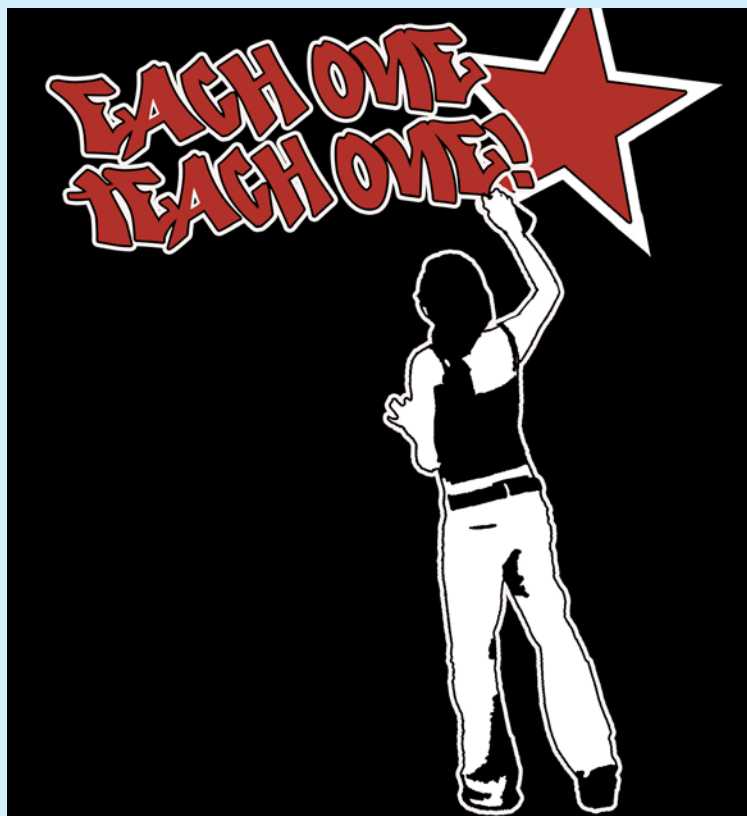
an Deutschlands Hochschulen läuft einiges schief. Statt ausreichend Studienplätze für mehr junge Menschen zu schaffen, wollen Bund und Länder den „Studentenberg untertunneln“. Statt für eine leistungsfähige Ausbildungsförderung zu sorgen, werden Studiengebühren eingeführt. Statt Bachelor- und Masterstudiengänge für eine Verbesserung der Qualität von Studium und Lehre zu nutzen, verschlechtern viele Hochschulen die Arbeitsbedingungen für Lehrende und Lernende.

Welche Herausforderungen ergeben sich daraus für die Vertretung studentischer Interessen? Wie kann eine alternative Hochschulentwicklung aus studentischer Perspektive aussehen? Welche Rolle kann dabei die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) spielen? Diese und weitere Fragen möchten wir mit Euch und Ihnen beim studentischen Perspektivenkongress vom 6. bis 8. Juni 2008 in Frankfurt am Main diskutieren.

Als Bildungsgewerkschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund organisiert die GEW nicht nur die Beschäftigten in Bildung, Erziehung, Wissenschaft und Forschung, sondern auch Studierende, die einen Beruf in diesen Bereichen anstreben. Studentische Interessenvertretung und die gewerkschaftliche Vertretung von Arbeitnehmern stellen nach unserer Überzeugung keinen Widerspruch, sondern zwei Seiten einer Medaille dar. Wir freuen uns auf eine spannende Diskussion über die Perspektiven der Studierenden in und mit der GEW!

Ulrich Thöne, Vorsitzender der GEW

Andreas Keller, Leiter des GEW-Organisationsbereichs Hochschule und Forschung



Diskussionen zu den Fragen:

I. Studieren in der „unternehmerischen Hochschule“ – Was sind die aktuellen Fragen und Interessen?

Aktive Studierende erläutern den Rahmen und schätzen die Lage ein. Wie sieht die Praxis der eigenen Organisation aus?

Wo bestehen Eingriffsmöglichkeiten für Veränderung?

II. Wir können auch anders – Handlungsfelder und die Entwicklung von Richtungsforderungen Welche Fragestellungen sind relevant? Wo sind Handlungsansätze?

III. Wie können wir die Kontinuität unseres Kampfes organisieren?

Perspektiven für eine wirkungsvolle Hochschulpolitik

Welche Anforderungen stellen wir aus der Erfahrung der eigenen Kämpfe an eine für uns nützliche Organisation?

IV. Akteure stärken! – Studentische Erwartungen an die Bildungsgewerkschaft GEW

Wie kann die GEW für unser Anliegen nützlich sein? Wie können wir die GEW als unsere Instrument Organisation stärken? Wie muss sie sich ändern?

Arbeitsgruppen zu den Themen:

Für die eigenen Interessen kämpfen!

1. Von Beruf StudentIn? Veränderte Subjektivität von Studierenden

2. Das Konzept des Arbeitskraftunternehmers als Grundlage studentischer Interessenvertretung?

3. Hochschulpolitische Strategien von Studierenden – ein Rückblick

4. Wie sieht gewerkschaftliche Intervention an Hochschulen aus – wie sollte sie aussehen?

5. Eine Interessenvertretung für studentische Hilfskräfte? Tarifinitiativen für die Beschäftigten an den Hochschulen

Für eine autonome Hochschule in gesellschaftlicher Verantwortung

1. Klassebildung? Klassenbildung! Zur Gleichbehandlung Ungleicher als konstitutivem Element von Bildungspolitik

2. Herrschaftswissen, Männerwissen? Perspektiven von kritischer Wissenschaft und Gleichstellung der Geschlechter

3. Autonomie ohne Autokratie? Eckpunkte einer demokratischen Hochschulreform

4. Bildung oder Ausbildung? Die Berufsbefähigung von Bachelor- und Masterstudiengängen am Beispiel der LehrerInnenbildung

5. Leuchttürme auf dem Studentenberg? Strukturelle Rahmenbedingungen der Hochschulreform

6. Studienhonorar statt Studiengebühren? Perspektiven einer Reform der Studienfinanzierung

Open Space –

Vorstellung studentischer Kampagnen und Initiativen

Party...

Anmeldung: studikongress@gew.de

Eine Veranstaltung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

„Das Bündnis hat noch Entwicklungspotenzial“

Studierendenbewegung und Gewerkschaften

Interview mit Torsten Bultmann, Geschäftsführer des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi)

read.me: Wir blicken in diesem Jahr auf 40 Jahre „1968“ zurück. Wie gestaltete sich damals das Verhältnis von Studierendenbewegung und Gewerkschaften?

Bultmann: Bis weit in die 60er Jahre waren die deutschen Universitäten ebenso wie die akademische Elite generell ein überwiegend konservatives, d.h. auch gewerkschaftsfeindliches Milieu. „Traue niemandem, der einen Schmiss im Gesicht hat!“, war ein gängiger Spruch unter Gewerkschaftsfunktionären, der darauf anspielte, dass führende Positionen in Wirtschaft und Politik von Burschenschaftlern besetzt waren. Als die sich radikalisierte StudentInnenbewegung, deren Kern der SDS war, ihre Sympathien für revolutionäre Bewegungen weltweit entdeckte, wurde die institutionalisierte Arbeiterbewegung in Westdeutschland zunächst überwiegend nicht als eine – und sei es auch nur potentielle – emanzipatorische Kraft wahrgenommen...

read.me: Wo verliefen die Konfliktlinien zwischen den linken Strömungen der Studierendenbewegung und den Gewerkschaften?

Bultmann: Bis 1968 kann man von einem Verhältnis gegenseitigen Misstrauens reden. Daran waren beide Seiten nicht unschuldig. Nach dem Vietnamkongress rief etwa der westberliner DGB zu aggressiven Gegendemonstrationen des „anständigen Berlins“ – eingeschlossen Sympathiebekun-

dungen für die USA – auf. Es kam auch vor, dass demonstrierende StudentInnen von Bauarbeitern im Namen des „gesunden Volksempfindens“ verdroschen wurden. Innerhalb des SDS dürften theoretische Ansätze mehrheitsfähig gewesen sein, die von einer irreversiblen Integration der Arbeiterklasse – über Kulturindustrie und stetig steigenden Massenkonsum vermittelt – in das „System“ ausgingen. Infolge eines konjunkturellen Einbruchs kam es 1969 jedoch bundesweit zu heftigen Streikaktivitäten, häufig sog. „wilde Streiks“ an Gewerkschaftsapparaten vorbei. Dieses Jahr wurde später als „proletarische Wende“ der StudentInnenbewegung bezeichnet. Immerhin war die „Integrationstheorie“ praktisch demontiert. Es entwickelten sich langwierige gegenseitige Lern- und Annäherungsprozesse zwischen Studierendenvertretungen und Gewerkschaften.

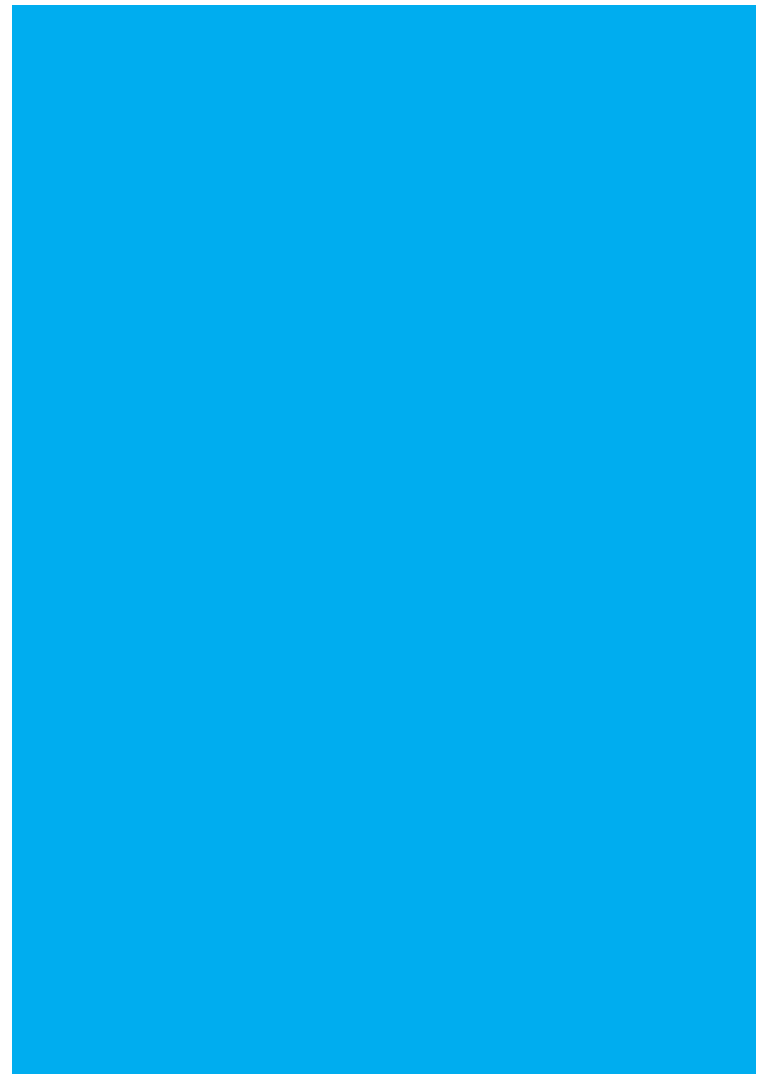
read.me: Gewerkschaften und Studierendenbewegung arbeiten in den sich aktuell vollziehenden Auseinandersetzungen z.B. gegen Studiengebühren enger und kontinuierlicher zusammen. Siehst du darin eine neue Qualität?

Bultmann: Eine „neue Qualität“ sehe ich noch nicht ganz! Das Bündnis hat zumindest noch Entwicklungspotenzial. Dass Gewerkschaften den Kampf gegen Studiengebühren unterstützen, sollte eigentlich selbstverständlich sein. Sie sollten aber noch wesentlich nachdrücklicher vertreten – auch

gegenüber ihren Mitgliedern – warum sie dies tun! Nicht um ein isoliertes „studentisches Anliegen“ extern zu unterstützen – so wird das in der Öffentlichkeit überwiegend wahrgenommen. Sondern weil etwa ein Metallarbeiter kein Interesse daran haben kann, einen Ingenieur vor die Nase gesetzt zu bekommen,

dessen Bildungsverhalten – konkurrenzgetrieben und verwertungsorientiert geprägt – von Studiengebühren bestimmt war! Kurz: Studiengebühren befördern ein antisoziales Bildungsverständnis.

Das Interview führte Florian Hartmann (LASS Hessen).



Unsere Lehrerin Frau Braun

Was tun mit neonazistischen LehrerInnen?

Karin Schmutzler ist Musiklehrerin mit Teilzeitstelle an einer Grundschule. Sie ist Mitte Vierzig, lebt mit ihrem Mann, ebenfalls Lehrer, in einer gutbürgerlichen Gegend und engagiert sich ehrenamtlich als Chorleiterin. Eine typische Vertreterin ihres Berufsstandes könnte man meinen. Doch Karin Schmutzler ist ein spezieller Fall. Das wird schon bei genauerer Betrachtung des von ihr geleiteten Chors, eines „Ostpreußenchors“, deutlich, der gerne auch mal die deutsche Nationalhymne in voller Länge absingt – wegen der Vollständigkeit des Werkes natürlich. Das ist nicht schön, wäre aber wohl auch einigen eher rechtskonservativen KollegInnen von Frau Schmutzler zuzutrauen. Doch neben diesem Deutschland-über-Alles-Gesangsverein entwickelt Karin Schmutzler noch weitere eigentümliche Freizeitaktivitäten. So kandidierte sie vor einigen Jahren in Hamburg erfolglos für die Republikaner. Die hat sie inzwischen verlassen um sich der radikaler auftretenden – und mehr Erfolg versprechenden – NPD anzuschließen. Ihre Postanschrift stellt sie der „Heimatreuen deutschen Jugend“ (HdJ – ein Schelm wer Böses dabei denkt) als Kontaktadresse zur Verfügung, einer Nachfolgeorganisation der

verbotenen neonazistischen Wiking-Jugend. Ihr Mann ist übrigens auch guter Kamerad, Mitglied der NPD und im rechtsextremen Burschenschaftsmilieu aktiv.

Schmutzlers finden das alles naturgemäß unproblematisch und richtig. So rechneten sie auch nicht mit Problemen aufgrund ihrer braunen Aktivitäten, sollten diese bekannt werden. Das wird daran deutlich, dass nahezu alle hier aufgeführten Informationen im Zuge eines WDR-Interviews zum Thema rechte Frauen öffentlich wurden, in dem Karin Schmutzler – mit geändertem Namen aber kenntlichem Gesicht – so deutliche Worte fand wie „Ich höre lieber Leute rufen ‚Ausländer raus‘ als ‚Deutschland verrecke‘“ und sich rühmte sie könne „den Kindern ein geschlossenes Weltbild geben“. Daran kann es tatsächlich kaum Zweifel geben.

Im Fall von Herrn Schmutzler, der an einer katholischen Privatschule lehrte, kam die Reaktion der Arbeitsstelle schnell: Er wurde entlassen. Da Frau Schmutzler im Gegensatz zu ihrem Mann an

einer staatlichen Schule unterrichtete, stellte sich die Sachlage in ihrem Fall etwas komplizierter dar. Schließlich hat sie sich als angestellte Lehrerin durch die Mitgliedschaft in der NPD und die Unterstützung einer nicht verbotener Organisation wie der HdJ keines Vergehens schuldig gemacht, das juristisch unproblematisch eine Kündigung rechtfertigt. Doch auch sie unterrichtet nicht mehr, sie wurde zur „Wahrung des Schulfriedens“ freigestellt.

Was bleibt ist die Frage wie wir uns diesem Problem stellen. Solche „Gesinnungen“ entstehen nicht über Nacht. Sie sitzen jahrelang in den Köpfen dieser Menschen. Vom Grundkurs Fachdidaktik I über das Referendariat bis hin in die Festanstellung. Wie gut kennst du deine Kommilitonen?

Florian Kautter, LASS-Sprecher, Berlin.

Flagge zeigen!

Aufruf zur Gegendemo zum geplanten Naziaufmarsch am 1. Mai in Hamburg

Der GEW-Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten ruft alle gewerkschaftlich organisierten und nicht organisierten Menschen auf, für den 1. Mai nach Hamburg zum antifaschistischen Widerstand zu mobilisieren und zu fahren, soweit örtlich nicht andere Aktionen von Neofaschisten zu verhindern sind. Wir wollen in Hamburg den Aufmarsch der Neonazis verhindern. Menschen, die nicht am 1. Mai nach Hamburg fahren können, sollen vor Ort Neofaschismus und damit zusammenhängende Fragen wie Volksgemeinschaft, Standortnationalismus, Sexismus und Rassismus thematisieren.

Eine längere Version dieses Artikels gibt es unter:

<http://www.gew-berlin.de/lass.htm>

Standpunkt zur LehrerInnenbildung

Wenn Hellmut Becker 1969 im Gespräch mit Theodor W. Adorno feststellt, „daß es keine sinnvolle Schule ohne Lehrer geben kann, daß andererseits der Lehrer sich darüber klar sein muß, daß seine Hauptaufgabe darin besteht, sich überflüssig zu machen“ (Adorno 1971: 140), dann geschieht dies aus der Einsicht, daß in einer Demokratie, die auf der Willensbildung eines jeden Einzelnen beruht, Schule die Aufgabe hat, zur Mündigkeit des Einzelnen beizutragen.

Eine solche Forderung hat entsprechende Folgen für die LehrerInnen bildende Studiengänge, deren zentrale Fragestellung neben den Einblicken ins Fachliche hiernach vor allem ist, welche Rolle LehrerInnen im schulischen Alltag einnehmen und vor welchem Hintergrund sie dies tun. Mit anderen Worten: Ein Schulalltag, der der Mündigkeit der SchülerInnen nicht im Wege steht, setzt unter anderem mündige LehrerInnen voraus.

Die Bologna-Prozeß genannte Studienreform bietet vor diesem Hintergrund mit ihrem Fokus auf die Lernziele (Outcomes) des Studiums einen interessanten Ansatz, auch wenn es fragwürdig

ist, ob Bildungsprozesse in Kompetenzen abbildbar sind, und der Kompetenzbegriff aktuell von einer Lesart im Sinne der Verwertbarkeit des Humankapitals dominiert wird. Die Orientierung auf die Frage, was LehrerInnen können müssen und danach das Studium zu organisieren, ist damit aber nicht grundsätzlich in Frage gestellt. So könnte eine Kompetenz formuliert werden als das Vermögen, Praxis nicht als unveränderbare Realität zu verstehen, sondern als etwas, was aus den Handlungen von LehrerInnen und SchülerInnen im Rahmen Schule entsteht und damit erst vor Ort hergestellt wird. Folgenreich wäre dieses Reflexionsvermögen zum Beispiel dafür, daß StudentInnen nicht weiter eine Bedienungsanleitung „Schule“ verlangten, die ihnen „richtiges Verhalten“ lehrt, sondern daß sie eine Sensibilität für den Umgang mit Schulalltagssituation bekommen, von denen sie wissen, daß sie veränderbares Produkt der AkteurInnen der Schule sind. Das Postulat Praxisbezug gewänne damit eine neue Dimension.

Während auf der Ebene der Inhalte wenigstens in geringem Umfang einige Fortschritte zu ver-

zeichnen sind, konterkariert die Strukturebene der Reformumsetzung weitgehend diese Versuche: Studierende, die im Semester sechs oder mehr nur eingeschränkt wiederholbare Prüfungen zu absolvieren haben, sind häufiger mit den Ängsten vor dem Nichtbestehen konfrontiert als mit der Auseinandersetzung mit dem Lerngegenstand beschäftigt. Vergleichbar motiviert die flächendeckend eingeführte und permanent durchgesetzte Anwesenheitspflicht in Lehrveranstaltungen nicht zur Teilnahme aus Interesse oder der Einsicht ins Notwendige, sondern weil „Fehlverhalten“ disziplinarisch geahndet wird.

Strittig sind gleichfalls die von Hochschule zu Hochschule deutlich verschiedenen Umsetzungen der „Bologna-Vorgaben“, die einen Flickenteppich der Studiengangsgestaltungen zur Konsequenz haben, und die Regeln der Übergänge vom ersten in den zweiten Studienabschnitt: es ist nicht plausibel, warum BachelorabsolventInnen mit einer Note von 3,5 keine guten LehrerInnen werden können. Gerade mit der Eingangs geforderten Befähigung zur Mündigkeit erscheinen solche Restriktionen fragwürdig.

Ob allerdings die Einführung des zweistufigen Bachelor-Master-Modells (nicht nur in der LehrerInnenbildung) vor dem Hintergrund der politischen Strategie der „Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Hochschulraumes“ überhaupt für eine Qualitätsanreicherung des Studiums geeignet ist, benötigt sicherlich weiterhin der kritischen Betrachtung.

Marcel Krüger, Mitglied der Projektgruppe LehrerInnen Bildung der GEW, AStA Vorsitzender an der Uni Wuppertal.

Literaturverzeichnis:

Adorno, Theodor W. (1971):
Erziehung zur Mündigkeit.
Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Boykottierst du noch oder zahlst du schon?

„Wir haben uns in falscher Sicherheit gewogen.“ Der Himmel ist strahlend blau und in der Sonne ist es warm. Ein herrlicher Frühlingstag mitten im Februar, mitten in Hessen. Nathalie sitzt draußen, zündet eine Zigarette an und genießt die Sonne. Die Realität von 500 Euro Studiengebühren pro Semester scheint unendlich weit weg.

Boykottversuche hat es gegeben, doch die sind gescheitert. Auch Nathalie boykottiert nicht.

„An den Unis gab es verschiedene Zahlungsfristen, ein Riesenchaos, das Risiko war einfach zu groß, da haben wir den Boykott abgebrochen.“ Studiengebühren zahlt sie trotzdem nicht. Genau wie rund 2000 andere Studierende hat auch sie Widerspruch gegen ihren Gebührenbescheid eingelegt. Der wurde zwar von der Hochschule abgelehnt, aber nachdem sie dagegen Klage eingereicht hat, erkannte das Gericht, dass diese vorerst aufschiebende Wirkung hat. Und so studieren alle 2000 Klagenden auch weiterhin – ordnungsgemäß eingeschrieben – an ihren hessischen Hochschulen. Zumindest so lange, bis über die Verfassungsklage entschieden ist. Die Klage, die das bestätigen soll, worauf sich alle so verlassen haben. „Der Hochschulzugang hängt nur von der Eignung ab, Artikel 59 der hessischen Verfassung. Also: keine Studiengebühren.“

Unbeeindruckt davon trudelten zum Wintersemester 2007/08 die ersten Zahlungsbescheide ein. „Das war ein riesiges Durcheinander, meiner kam erst vor kurzem.“

Ein Zug an der Zigarette, Nathalie schließt ihre Augen und dreht das Gesicht in Richtung Sonne. Für einen kurzen Moment wirkt sie entspannt. Ein tiefes Durchatmen später und die Anspannungsfält-

chen um Augen und Stirn sind zurück. Die Stimmung ist komisch, erzählt sie mir, „[...] es ist ja noch nichts wirklich entschieden“. Die Gebühren sind zwar da, aber nicht in Stein gemeißelt. Und so schwankt die Stimmung zwischen Resignation, bangem Warten, Hoffnung und Aktionismus. „Nicht nur bei den verschiedenen ‚Gruppierungen‘, auch in mir. Manchmal alles innerhalb von ein paar Stunden.“

Ein fliehendes Lächeln, etwas Nikotin. Ich warte darauf, dass sie weiter redet. Und viel mehr als warten kann auch sie kaum tun. Warten auf den Entscheid über die Verfassungsklage. „Wenn sie Studiengebühren zulassen, muss ich alles nachzahlen, was seit Einreichung meiner Klage ‚aufgeschoben‘ wurde.“ Der „Worst-Case“. Wie sie das dann bezahlt? Darüber will sie noch gar nicht nachdenken.

Und der Widerstand? „Natürlich bereiten wir uns darauf vor!“ Auf das „Danach“. Die Gebühren haben sie und viele andere noch längst nicht akzeptiert. Auch wenn der Boykott nicht funktioniert hat, das Potenzial für den weitergehenden Protest ist da. „Natürlich machen wir weiter, das kann es ja nicht gewesen sein.“ Ein letzter Zug. Sie drückt den Rest ihrer Zigarette aus und geht hinaus aus diesem angenehmen Frühlingstag mitten im Februar, mitten in Hessen, zurück hinein ins AStA-Büro, planen für „danach“.

Jana Fischer, BASS-Sprecherin.

Es ist acht Uhr dreißig morgens, ich sitze vor meinem Rechner und warte auf Nachricht von Caspar. Eigentlich wollte ich mit Flo über den Gebührenboykott in Hamburg reden, doch er rief mich an und meinte: „Sprich lieber mit Caspar. Ihm geht’s echt beschissen und keinen interessiert das.“ Und so ist es tatsächlich. In der bundesweiten Tagespresse spielen die Themen Studiengebühren, Gebührenboykott und Studierendenproteste – wenn überhaupt – nur noch eine kleine Statistenrolle. Meist ohne Text. Menschen wie Caspar kommen nicht zu Wort. Damit sich das ändert, hole ich mir noch einen Kaffee und warte. **„Sie haben Post.“** Endlich. Der Grundton ist überwiegend sachlich und formal, nicht was ich erwartet hatte. Eins merke ich schnell: Caspar weiß, wovon er redet. „Ich beteilige mich an Boykottaktivitäten seit dem ersten Versuch, die Verwaltungsgebühren (50 Euro) zu boykottieren (WiSe 2006/07). Nach der Einführung der allgemeinen Studiengebühren war ich vom Startweg an den Boykottaktivitäten beteiligt [...] Ich boykottiere aus der Überzeugung heraus, dass Bildung in all ihren Aspekten für jeden Menschen zugänglich sein muss. Studiengebühren stehen im Widerspruch zu dieser Überzeugung und verstoßen nach meiner Meinung gegen das Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit. Bildung hat einen Selbstzweck und darf nicht [...] unter die Verwertungsinteressen der kapitalistischen Wirtschaft fallen.“ Diese Überzeugung ist wichtig. „Ich bin 30 Jahre alt und studiere im siebten Fachsemester Erziehungswissenschaften auf Lehramt mit den Fächern Mathematik und Informatik.“ Ein Lehrer mit Idealen und dem Willen,

etwas zu bewegen. Damit bringt Caspar die Voraussetzungen mit, die viele Menschen in jungen Lehrern immer wieder suchen und missen. Er würde sie mitbringen, wenn er seinen Wunschberuf ergreifen würde. „Psychisch ist meine Studiensituation eine große Belastung, da ich erst mit 26 wieder anfangen zu studieren und keinerlei Unterstützung bekomme. Da geht natürlich ein großer Teil meiner Energie für das Arbeiten drauf. Durch die Einführung der Studiengebühren hat sich dieses noch einmal extrem verschärft, auch da ich keine Chance auf einen Kredit o.ä. habe. Der Boykott hat in der Situation eher eine positive Wirkung, weil ich mich durch diese solidarische Aktion nicht mehr ganz so hilflos und alleine den Studienbedingungen ausgesetzt fühle.“

Und wie sieht es nun mit seiner Zukunft aus?

„Ich schätze die Erfolgsaussichten des Boykotts als gering ein [...]. Für mich bedeutet das, dass ich ab dem SoSe 2008 kein Student mehr sein werde. Die finanzielle und psychische Belastung hat in meinem Leben eine Grenze überschritten, die es mir nicht ermöglicht, mein Studium zu Ende zu führen. Unter diesen Bedingungen ist es NICHT möglich, an der Universität Hamburg ein selbstbestimmtes und kritisches Studium zum Wohle der Gesellschaft zu absolvieren. Und eine Zukunft als Humankapital, dass versucht, seinen Eigenwert zu steigern, kann ich mir nicht vorstellen.“

Jana Fischer, BASS-Sprecherin.

Über den nationalen Tellerrand hinaus

Hochschulproteste in Griechenland

Wenn über Proteste an Hochschulen diskutiert wurde, sprachen die meisten Menschen in den vergangenen drei Jahren in der Regel über Frankreich. Dort wurde ein breiter gesellschaftlicher Protest gegen das CPE, ein Gesetz, das weitreichende Folgen für das Arbeitsrecht hat, von Studierenden angeführt. Viele Hochschulen in Frankreich waren in dieser Zeit besetzt. Doch es gab in mehr Ländern Proteste von Studierenden gegen negative gesellschaftliche Veränderungen und für eine emanzipatorische Politik: z.B. in Griechenland. 2006 wurde in Griechenland bekannt, dass ein großer Umbau der Hochschulgesetzgebung geplant ist. Die Lehrmittelfreiheit an Hochschulen sollte abgeschafft, die unbegrenzte Studiendauer durch Zwangsexmatrikulationen ersetzt werden. Die Polizei sollte das

Recht erhalten, Hochschulgelände einfach zu betreten. Zudem sollten private Hochschulen in Griechenland zugelassen werden. Dies sorgte von Mitte 2006 bis Mitte 2007 für massive Proteste, die zwar von den Studierenden geführt wurden, jedoch weit in die Gesellschaft hinein gingen. Unter anderem gab es einen sechswöchigen Solidaritätsstreik von SchülerInnen und LehrerInnen im Juni und Juli 2006. Immer wieder kam es zu Solidaritätsbekundungen und Aktionen aus Schulen. Aber auch ein Generalstreik im öffentlichen Dienst und verschiedenen Unternehmen zeigte schnell, dass sich hier nicht ein Teil der Gesellschaft gegen den anderen ausspielen ließ.

Die Demonstrationen, die oft dezentral über das Land verteilt verliefen oder zentral in Athen oder Thessaloniki, erreichten

Zahlen von über 100.000 TeilnehmerInnen. Die gesellschaftliche Solidarität zeigte sich auch darin, dass gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen DemonstrantInnen und Polizei der Ordnungsmacht zur Last gelegt wurde. Immer wieder kam es zu Verhaftungswellen, schweren Verletzungen unter den TeilnehmerInnen der Demonstrationen. Auch ein Student aus Deutschland wurde während einer Demonstration festgenommen und saß für mehrere Monate in Untersuchungshaft.

Rückblickend waren die Proteste ein Teilerfolg: So wurde die Einführung privater Hochschulen verhindert, gleichzeitig aber die maximale Studiendauer und Zwangsexmatrikulationen eingeführt. Ein großer Erfolg ist auf jeden Fall, dass eine ganze Generation gelernt hat, für ihre

Rechte zu streiten und sich nicht hat spalten lassen. Um einen genaueren Einblick in die Aktion in Griechenland 2006 und 2007 zu bekommen, plant die GEW eine Rundreise mit griechischen ReferentInnen. Termine und Orte werden zeitnah bekannt gegeben.

Jan Schröder, BASS-Sprecher.

Unterrichtsmaterialien und Merkblätter für den Studieneinstieg.
Abrufbar unter:

<http://wissenschaft.gew.de/Binaries/Binary28534/>
Unterrichtsbausteine.pdf



BASS - was ist das?

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ist eine Mitmachgewerkschaft. Sie lebt, wie jede Interessenvertretung, von ihren Mitgliedern, die sie prägen, ihre Interessen einbringen und durchsetzen.

Wer sich aktiv beteiligen und uns unterstützen will, ist herzlich zu unseren Veranstaltungen und Aktivitäten eingeladen.

Die studentischen GEW-Mitglieder organisieren sich auf Landesverbandsebene in den Landesausschüssen der Studentinnen und Studenten (LASS) und auf Bundesebene im Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten (BASS).

Das SprecherInnen-Team des BASS besteht derzeit aus: Fredrick Dehnerdt, Hamburg; Jana Fischer, Berlin; Jan Schröder, Nordrhein-Westfalen.

Kontakt: bass-gew@web.de

Länderberichte**BaWü:**

Boycottversuche im WiSe 07/08 an fünf Hochschulen: EFH Freiburg hat Quorum erreicht und einige Forderungen durchgesetzt. PH Freiburg: Boycott scheitert nur an 17 fehlenden Einzahlungen.

SoSe 08: Studiengebührenboykott geht in die nächste Runde. lass-gew-bw@gmx.de

Berlin:

Vorbereitung zur Campustour 2008 mit der DGB-Jugend. Eröffnung des GEW-Jugendbüros.

Vorbereitung eines Protestsemesters. lass@gew-berlin.de

Brandenburg:

Klagen gegen Imagegebühren und Belegpunkte. Projekte: Verbesserung des Hochschulgesetzes, studentische Beschäftigte. lass@studiberatung-potsdam.de

Bremen:

Gespräche über die Eröffnung eines weiteren HIB's an der Hochschule. VV mit allen gewerkschaftlich organisierten Studierenden initiiert.

Hessen:

Studiengebührenerhebung in Gießen vorerst teilweise ausgesetzt. Anhörung zur Verfassungsklage gegen Studiengebühren vor dem Staatsgerichtshof. Marburg: Studentische Beschäftigte organisieren sich. studierende@gew-hessen.de

Niedersachsen:

Anfang Herbst ist ein Seminar zur Frage nach Verträglichkeit von BA-/ MA-Studienstrukturen und hochschulpolitischem Engagement geplant.

NRW:

LASS NRW bekommt neuen Internetauftritt. Änderung des Lehramtsausbildungsgesetzes

GEW Seminare für Studierende

Studium und Job – Was SozialreferentInnen in Fragen des Arbeits-, Tarif- und Sozialrechts wissen sollten
Nr. 08/376*, 16.-18.05.08, Steinbach

Professionell beraten – Vom Umgang mit Bescheiden
Nr. 08/377*, 16.-18.05.08, Steinbach

Professionell beraten – Ein sozialpolitisches Schulungsseminar für erfahrene BAföG-BeraterInnen und SozialreferentInnen
Nr. 08/378*, 20.-22.06.08, Würzburg

noch dieses Jahr geplant. Landtagsanhörung zur Verwendung von Studiengebühren. g.tappert@gmx.net

Sachsen:

Aktionen für studentische Beschäftigte. Proteste gegen das neue Sächsische Hochschulgesetz.

Sachsen-Anhalt:

April: Start der Veranstaltungsreihe Hochschule - Politik - Gesellschaft
<http://www.h-p-g.uni-halle.de>. lass@gew-lsa.de

11.-13.07.08

Perspektiven der Studienfinanzierung „Bedingungsloses Grundeinkommen“ statt „mehr BAföG“?
Themen: Anforderungen an eine zeitgemäße Studienfinanzierung und Alternativen; aktuelle Überlegungen für ein bedarfsdeckendes Grundeinkommen und für ein Studienhonorar; neues Modell der Ausbildungsförderung?
Referenten: Wolfgang Nitsch, Klemens Himpele.
Nr. 08/379, 11.-13.07.08, Würzburg

* gekennzeichneten Seminare: 60.- € Teilnahmegebühr
www.wissenschaft.gew.de/Studieren_mit_der_GEW.html

Anmeldung: Brigitte Eschenbach, GEW-Hauptvorstand,
Tel.: 069 / 78973-313,
Email: brigitte.eschenbach@gew.de

Impressum

Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Hauptvorstand,
Postfach 90 04 09
60444 Frankfurt/M.
Tel.: 069 / 7 89 73 - 0
Fax.: 069 / 7 89 73 - 2 01
Email: info@gew.de
Internet: www.gew.de

Redaktion:
Ulf Rödde (verantwortlich)
Andreas Keller
Brigitte Eschenbach
Jana Fischer
Timo Schmidt
Christian Kirchert

Gestaltung:
zeichenvorrat.de

Druck:
apm AG, Darmstadt